Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2399

01. 06. 88

Sachgebiet 2129

Antrag

der Abgeordneten Frau Garbe, Frau Wollny, Brauer, Dr. Daniels (Regensburg), Dr. Knabe und der Fraktion DIE GRÜNEN

Notprogramm gegen das Nordsee- und Ostseesterben

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. eine gesetzlich verbindliche „Schwarze Liste Produktion" zu erlassen, wonach die Herstellung von besonders umweltgefährlichen Stoffen verboten wird;
2. umgehend eine Novellierung des Waschmittelgesetzes in Angriff zu nehmen, die ein Verbot phosphathaltiger Waschmittel enthalten muß, wobei die Ersatzstoffe aber keine neuen Probleme schaffen dürfen;
3. ein sofortiges Verbot aller Direkteinleitungen ohne Abwasserklärung in Gewässer zu erlassen sowie die Entwicklung von Abwasserkatastern und Meßverfahren für gewerbliche und industrielle Indirekteinleiter voranzutreiben mit dem Ziel, deren Schadstofffrachten drastisch zu reduzieren;
4. Regelungen zu treffen, die eine Minimierung der Nitrat- und Phosphatfrachten in den Einleitungen von Kläranlagen durch die Aus- bzw. Nachrüstung von Fällungsstufen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zur Folge haben; hierzu ein Bund-Länder-Sofortprogramm aufzulegen;
5. Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung des ökologischen Landbaues zu ergreifen. Die Verwendung von Agrochemikalien (Pestiziden und Düngemitteln) ist stark einzuschränken. Eine Besteuerung mineralischer Stickstoffdüngemittel gemäß dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 11/913) ist einzuführen;
6. Sorge dafür zu tragen, daß das Verklappen und Verbrennen von Abfallstoffen auf See sofort eingestellt wird (einschließlich der Klärschlämme und des Hafenschlicks);
7. den Bau des umweltunverträglichen Dollarthafens aufzugeben sowie auf einen Verzicht weiterer küsten- und hafennaher Industrieansiedlungen hinzuwirken und dafür vorgesehene Bundesmittel zu streichen;

8. die Verringerung der atmosphärischen Schadstoffeinträge durch Förderung der Sonnenenergienutzung, von dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, von Energiesparkonzepten, Abfallvermeidungs- und Wiederverwertungskonzepten und durch die ausschließliche steuerliche Förderung des Dreiwegekatalysators bei Pkw sowie die Einführung eines Tempolimits (100 km/h Autobahnen, 80 km/h Landstraßen) voranzutreiben;

9. den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN über das Einsichtsrecht in Umweltakten (Drucksache 11/52) aufzugreifen, das allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht einräumt, Einsicht in alle umweltrelevanten behördlichen Planungen und deren Vollzüge zu nehmen;

10. im übrigen den im Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Schutz der Nordsee" (Drucksache 11/247) aufgestellten umfassenden Forderungskatalog umzusetzen und auf den Bereich der Ostsee entsprechend auszudehnen.

Bonn, den 1. Juni 1988

Frau Garbe
Frau Wollny
Brauer
Dr. Daniels (Regensburg)
Dr. Knabe
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333